

Christian Rau

Nationalbibliothek im geteilten Land

Eine Projektskizze zur Erforschung der Geschichte der Deutschen Bücherei in der SBZ/DDR (1945–1989/90)

Die Deutsche Bücherei und die SED: Selbstbehauptung oder Verflechtung?

Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte

In der Geschichte der Deutschen Bücherei Leipzig gibt es noch zahlreiche weiße Flecke, die es zu erforschen gilt. Zu ihnen zählt vor allem ihre Nachkriegsgeschichte (1945–1990), die nunmehr im Auftrag der Deutschen Nationalbibliothek am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin aufgearbeitet wird. Obwohl sich das Projekt in die Reihe der gegenwärtig boomenden Institutionengeschichten einreicht, ergaben sich in diesem Fall Fragestellungen, die über eine klassische Beschäftigung mit Strukturen und Personen hinausweisen. Die Deutsche Bücherei war in der Zeit nach 1945 nicht nur unmittelbar in die SED-Kultur- und Wissenschaftspolitik, sondern darüber hinaus auch oder vielmehr in besonderem Maße in die Konflikte des Kalten Krieges und die gesamtdeutsche beziehungsweise auswärtige Kulturpolitik der DDR eingebunden. Erst eine multiperspektivische Untersuchung der innenpolitischen, innerdeutschen und außenpolitischen Dimensionen trägt zum tieferen Verständnis der Geschichte der sich als Nationalbibliothek¹ verstehenden Deutschen Bücherei bei.

Zentrum der geistigen Erneuerung

Schon die sowjetische Besatzungsmacht knüpfte an das kulturelle Prestige der im deutschen Bibliothekswesen einzigartigen Institution an und erklärte sie im Juli 1945 zum »Zentrum der geistigen Erneuerung Deutschlands«. Dabei kam ihr zugute, dass ihre Bestände nahezu unversehrt geblieben waren beziehungsweise sich, im Gegensatz zu denen der Preussischen Staatsbibliothek, in zugänglichen Auslagerungsstätten befanden. Die sowjetischen Besatzer und wenig später die SED verfügten damit über einen einzigartigen Informationspool und mit Be-

ginn des Kalten Krieges über eine politisch instrumentalisierbare Kulturinstitution.

Nach außen hin sollte die Deutsche Bücherei so noch längere Zeit ihren bürgerlichen Schein wahren. Der dem nationalkonservativen Milieu nahestehende Direktor Heinrich Uhrendahl (1886–1954) blieb bis zu seinem Tode im Amt. Damit war er neben Bruno Claußen von der Universitätsbibliothek Rostock der einzige Bibliotheksdirektor, der seine Position über die Besatzungszeit hinaus und trotz zahlreicher Angriffe behaupten konnte. Auch Albert Paust (1889–1964), der 1938/39 als Leiter der Bücherverwertungsstelle an der Österreichischen Nationalbibliothek in eine der spektakulärsten Bücherraubaktionen der Nationalsozialisten involviert gewesen war und hierbei Beutestücke für die Deutsche Bücherei zu ergattern suchte, wurde nach Gründung der DDR, wenn auch nur für kurze Zeit, wieder als Leiter der Beschaffungsabteilung eingestellt. Zu erwähnen ist schließlich Curt Fleischhack (1892–1972), der SA-Mitglied war und 1937 immerhin – allerdings erfolglos – einen Antrag zur Aufnahme in die NSDAP gestellt hatte. Fleischhack war nach 1945 in verantwortlicher Position an der Erstellung der »Liste der auszusondernden Literatur« beteiligt, wurde anschließend Leiter der Bibliographischen Abteilung und stieg 1954 aufgrund gesamtdeutscher Erwägungen zum Hauptdirektor der Deutschen Bücherei auf.

Personelle Kontinuität

Gleichwohl war das Direktorat der Deutschen Bücherei nach der Gründung der DDR einem zunehmenden Machtverlust im Innern ausgesetzt. Mit Kurt Brückmann (1917–1997) und Helmut Röttsch (geb. 1923) wurden zwei Parteikader an politisch wichtigen Stellen der Bibliothek installiert. Brückmann wurde 1953 zum Stellvertreter des Generaldirektors berufen, exponierte sich als Initiator der politischen Schulung und gestaltete die Auslandsbeziehungen der Bibliothek mit, bis er 1958 als Leiter des Sektors Wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Publikationen ins Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen wechselte. Helmut Röttsch war bereits 1950 von Berlin aus

Installierung von Parteikadern

Politische
Disziplinierung
der Mitarbeiter

als Verwaltungs- und Personalleiter der Deutschen Bücherei eingesetzt worden und nahm bedeutenden Einfluss auf die politische Disziplinierung der Mitarbeiter. Von 1953 bis 1955 stand er für die Literaturpropaganda wichtigen Abteilung Lesesäle vor. 1956 wechselte er in die Beschaffungsabteilung, 1959 übernahm er Brückmanns Funktion des Stellvertreters des Hauptdirektors und zwei Jahre später rückte er schließlich an die Spitze der Bibliothek, die er bis 1990 besetzte. Überdies stellte er sich seit 1955 dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Inoffizieller Mitarbeiter zur Verfügung und belieferte den Geheimdienst insbesondere mit Informationen über Verhandlungen mit dem »Klassenfeind«.

In den nach 1990 veröffentlichten Darstellungen zur Geschichte der Deutschen Bücherei in der SBZ/DDR, die allesamt aus der Feder ehemaliger Bibliothekare stammen, treten vor allem Narrative der ungebrochenen Kontinuität und relativen Selbstbehauptung gegen die SED hervor. Diese Narrative sind aber nicht nur den (verzerrten) Erinnerungen ihrer Urheber zuzuschreiben, sondern stehen durchaus im Einklang mit den Grundannahmen bibliotheksgeschichtlicher Forschung, die von der Bibliothek als autonomer Institution ausgeht, die sich gerade in diktatorischen Systemen fremdartigen Eingriffen ausgesetzt gesehen habe. Vieles spricht aber dafür, dass die Deutsche Bücherei ihren exponierten Status, den sie sich in zähen Kämpfen und durch eine besonders ausgeprägte Staatsnähe erobert hatte, auch unter den Bedingungen der SED-Diktatur als Ressource zu nutzen (und zu verteidigen) wusste und sich entsprechend dem Regime durch Selbstmobilisierung andiente. An diesem Punkt setzt das Projekt methodisch an. Es greift auf das aus der Wissenschaftsgeschichte von Mitchell Ash stammende Konzept »Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander« zurück und untersucht das Verhältnis zwischen der Deutschen Bücherei und der SED-Diktatur in seiner Wechselseitigkeit, wodurch nicht zuletzt ein methodischer Anschluss an das parallel bearbeitete Projekt zur Geschichte der Deutschen Bücherei in der NS-Zeit von Dr. Sören Flachowsky (s. Dialog mit Bibliotheken 2015/1, S. 31–34) gewahrt wird. Auf der Suche nach einem *modus vivendi* mit dem SED-Regime konnte die Bibliothek auf drei

Exponierter
Status durch
ausgeprägte
Staatsnähe

Ressourcen zurückgreifen: Wissenschaftliche Bibliothek, Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums und Nationalbibliothek. Zur Untersuchung des Wechselverhältnisses greift das Projekt auf etablierte Ansätze zurück, die die Geschichte der SED-Herrschaft, im Anschluss an Alf Lüdtke, als soziale Praxis, das heißt als Ergebnis von Aushandlungsprozessen begreifen. Innere Dynamiken, Verflechtungen und Wandlungsprozesse geraten damit stärker in den Blickwinkel. Überdies soll der Blick über den engen Tellerrand der DDR hinausgehen, womit das Projekt zugleich jüngere Ansätze integriert, die die DDR im gesamtdeutschen, europäischen und internationalen Kontext verorten. Die Studie kann dabei auf eine breite Quellenüberlieferung zurückgreifen. Die Recherche erstreckt sich insgesamt auf zwölf Archive. Die Darstellung soll chronologisch angelegt werden, wobei sich die einzelnen, noch näher zu bestimmenden Zeitabschnitte inhaltlich den drei Kräftefeldern Bibliothekspolitik, auswärtige Kulturbeziehungen und Benutzeralltag widmen. Da das Projekt erst im August 2014 begann, können im Folgenden nur erste Überlegungen zu den angesprochenen Themenfeldern skizziert werden.

Blick auf den
internationalen
Kontext

Die Deutsche Bücherei und die Bibliothekspolitik der SED

Im Zentrum der Kapitel zur Bibliothekspolitik steht die Frage nach der Reichweite und den Grenzen der von der SED angestrebten Transformation des Bibliothekswesens. Bis 1951 unterstand die Deutsche Bücherei dem Ministerium für Volksbildung sowohl in Dresden als auch in Berlin. Dabei musste sie nicht nur zwischen konkurrierenden Interessen, auch denen der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), vermitteln, sondern konnte diese ebenso gegeneinander ausspielen. Dies galt insbesondere für den Bereich der Bibliothekspolitik. Hier stießen die Ambitionen der SED an deutliche Grenzen. Einerseits war das für das Bibliothekswesen zuständige Personal in der deutschen Tradition des Volksbibliothekswesens verwurzelt und orientierte sich hieran, andererseits nötigte der Mangel an Personal zu einer Konzentration auf die als für den »sozialistischen Aufbau« wichtiger angesehenen öf-

Wahrung
deutscher
Bibliotheks-
tradition

fentlichen beziehungsweise Allgemeinbibliotheken. So erwies sich auch der Referent für Bibliothekswesen in der Zentralverwaltung, Carl Mones, als Interessenwahrer deutscher Bibliothekstraditionen im Sinne Heinrich Uhlendahls, mit dem er enge Kontakte unterhielt. Erst mit der Ablösung Mones' 1949 nahmen die Spannungen zwischen Leipzig und Berlin zu, und schließlich geriet auch Uhlendahl zunehmend ins Visier von SED und MfS. Mit der Bildung des Staatssekretariats für Hochschulwesen 1951 wurden wissenschaftliche und öffentliche Bibliotheken wieder getrennt voneinander verwaltet, was aber nicht bedeutete, dass man den wissenschaftlichen Bibliotheken künftig mehr Aufmerksamkeit widmete. Vielmehr wirkten auf diesem Gebiet traditionelle Strukturen fort, wenngleich an einzelnen Stellen Korrekturen vorgenommen wurden. In diesem Umfeld und im Kampf um Ressourcen flammten auch die alten Konflikte zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek Berlin um den Titel Nationalbibliothek wieder auf. Hinter den Kulissen prägte diese Debatte auch das aufwendig begangene 50-jährige Jubiläum der Deutschen Bücherei im Jahre 1962, und erst 1969 kam es wieder zu nennenswerten Kooperationen, nachdem sich der Titel Nationalbibliothek nunmehr auf beide Einrichtungen verteilte, womit das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen das traditionelle polyzentrische Bibliothekssystem reaktivierte. Parallel verabschiedete sich die SED von ihrer primär kulturpolitisch konzipierten Bibliothekspolitik. Vielmehr galt es nun, die wissenschaftlichen Bibliotheken zu Dienstleistern der Wirtschaft und Wissenschaft zu entwickeln, was auch den Anschluss an internationale Entwicklungen einbezog. Die Deutsche Bücherei blieb zwar neben der Deutschen Staatsbibliothek die führende Institution im DDR-Bibliothekswesen, erfuhr aber von zentraler Seite keine nennenswerten Förderungen mehr. Vielmehr häuften sich im Innern die Aufgaben, während das Bibliothekspersonal allmählich auf das Rentenalter zusteuerte und es an Nachwuchskräften sowie an materiellen Ressourcen mangelte.

Konflikt um
den Titel Nationalbibliothek

Die Deutsche Bücherei und die auswärtige Kulturpolitik der SED

In den Kapiteln zum Wechselverhältnis zwischen der Deutschen Bücherei und der gesamtdeutschen beziehungsweise auswärtigen Kulturpolitik der DDR werden die offiziellen und inoffiziellen Beziehungen der Institution zum Bibliothekswesen und den Verlagen der Bundesrepublik, Österreichs sowie der Schweiz problematisiert. Zwar wird in der Forschung immer wieder betont, dass die auswärtige Kulturpolitik für die DDR eine gar nicht zu überschätzende Kompensationsfunktion für die wirtschaftlichen Misserfolge erfüllte, sie in der Summe aber begrenzte Auswirkungen hatte. Aber auch, wenn die DDR-Regierung auf diesem Gebiet mehr investierte als erreichte: Für die Deutsche Bücherei stellte ihr Ansehen als Nationalbibliothek im innerdeutschen und internationalen Kontext eine bedeutende Ressource dar. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den kulturellen Verflechtungen zwischen der Deutschen Bücherei und der im November 1946 in Frankfurt am Main gegründeten Deutschen Bibliothek. Diese bildete nicht nur für die Deutsche Bücherei eine besondere Herausforderung des Westens. Auch umgekehrt bildete die Deutsche Bücherei für Frankfurt eine Herausforderung des Ostens. Während die Frankfurter Bibliothek angesichts der Beschränkungen im Interzonenhandel von einem Großteil des Buchhandels zunächst als Ersatz-Archiv betrachtet wurde, sah Heinrich Uhlendahl in ihr von Anfang an ein Konkurrenzunternehmen, gegen das der medienbewusste Generaldirektor kampagnenartig vorging. Auch seine Nachfolger nutzten das von Frankfurt ausstrahlende Bedrohungsszenario, um dadurch Handlungsspielräume nach innen und außen zu gewinnen. So konnten sie sich in den 1950er-Jahren, aller politischen Loyalität zum Trotz, gegen die Eingriffe der SED-Führung in die Deutsche Nationalbibliografie durchsetzen. Auch die Mobilisierung von zusätzlichen Ressourcen für den schon Anfang der 1950er-Jahre notwendig gewordenen Erweiterungsbau wäre ohne ein entsprechendes Gegenstück auf Frankfurter Seite nicht denkbar gewesen. Überdies wären die zahlreichen auswärtigen Aufenthalte auf der Frankfurter Buchmesse, die Werbereisen zu Verlegern, der Besuch von Bibliothekskonferenzen oder

Bedeutendes
Ansehen als
Ressource

die Teilnahme an IFLA-Tagungen ohne die kulturelle Bedeutung der Bibliothek für die SED nicht vorstellbar gewesen.

Das 50-jährige Jubiläum im Jahre 1962 markiert hinsichtlich der auswärtigen Repräsentation der Deutschen Bücherei eine Zäsur. Während ihre Stellung als Nationalbibliothek im Innern zu wanken begann, feierte sie sich – nicht unbeeinflusst vom Mauerbau – nun als sozialistische Nationalbibliothek. Die Reaktionen im Westen fielen unterschiedlich aus. In der westdeutschen Fachpresse meldete sich der ehemalige Tübinger Bibliotheksdirektor Georg Leyh zu Wort und entfachte eine Debatte über die NS-Vergangenheit der Deutschen Bücherei, die bei westdeutschen und österreichischen Bibliothekaren aber mehrheitlich auf Widerspruch stieß. Zu sehr wirkte der Mythos Uhlendahl fort. Dem ungebrochenen Prestige zum Trotz bekräftigten das nunmehr offene Bekenntnis zum Sozialismus und die verbalen Entgleisungen gegenüber der Bundesrepublik in der Jubiläumsschrift auf westdeutscher Seite das Bedürfnis zum Ausbau der Frankfurter Bibliothek. Auch die Regierungsparteien der Großen Koalition revidierten ihre Positio-

nen der 1950er-Jahre. Hatten sie beide 1957 noch unabhängig voneinander davor gewarnt, die gesamtdeutschen Aufgaben der Leipziger Bibliothek durch Frankfurt zu gefährden, trieben sie nun ein Gesetz voran, das die Deutsche Bibliothek in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umwandelte. Bei den Verhandlungen im Bundestag 1968/69 bedurfte es auch keiner grundlegenden Debatte mehr um die Bezeichnung der Frankfurter Einrichtung als Nationalbibliothek. Die Bundesregierung reagierte damit zugleich auf lauter werdende Kritiken an der mangelhaften Finanzierung der Bibliothek, die in der DDR als positives Signal gewertet wurden. Ferner distanzierte sich der Generaldirektor der Österreichischen Nationalbibliothek und frühere Mitarbeiter der Deutschen Bücherei Josef Stummvoll nun von der Verzeichnung österreichischer Titel in der Deutschen Nationalbibliografie. Auf bibliografischem Gebiet konnte die Frankfurter Deutsche Bibliothek dennoch lange Zeit nicht mit den qualitativen Arbeiten der Deutschen Bücherei konkurrieren. Zudem war der Schock des Mauerbaus in der westdeutschen Bibliotheks- und Verlegerszene schnell überwunden. Der direkte Austausch mit

Reaktionen
im Westen

LIDOS

Flexible Datenbank für Literatur- und Dokumentenverwaltung

- Unbegrenzte Datenmengen
- Bildarchivierung, Verknüpfung externer Dateien
- Expertenrecherche und OPAC
- Volltext, Index, Thesaurus, Navigation
- Online-Suche, SRU mit direkter Datenübernahme
- Import, Export, Download
- Freier Report
- Ausleihverwaltung
- Referenzen, Zettelkasten
- Rechtschreibprüfung, Schrifterkennung (OCR)
- Intranet, Internet





Alle Infos:
www.land-software.de



LAND
 Software
 Entwicklung

Postfach 1126 • 90519 Oberasbach • Tel. 09 11-69 69 11 • info@land-software.de

der Deutschen Bücherei wurde nach einer kurzen Unterbrechung schnell wieder aufgenommen. Die auswärtigen Beziehungen blieben jedoch, allen politischen Hoffnungen der SED zum Trotz, stets auf fachliche und persönliche Kontakte begrenzt. Das MfS verfügte über deutliche Informationen, dass der Wissenschafts- und Bibliotheksaustausch keinerlei Auswirkungen auf die Anerkennung der DDR hatte. Die Möglichkeiten der potentiellen »Feindwerbung« überwogen dies jedoch.

Wie sehr die SED demgegenüber weiterhin auf das kulturpolitische Potential der Deutschen Bücherei im Ausland setzte, zeigt sich in den 1970er-/80er-Jahren. In dieser Zeit exportierte die Bibliothek ihre Exil-Ausstellung in zahlreiche ost- und westeuropäische Staaten. Sie stellte sich damit in den Dienst der Anerkennungspolitik der SED, wobei trotz aller lobenden Worte im Ausland immer wieder deutlich wurde, dass die Ausstellungen nicht als Repräsentation einer spezifischen DDR-Nationalkultur wahrgenommen wurden. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Deutsche Bücherei hatte das 1986 geschlossene Kulturabkommen zwischen beiden deutschen Staaten. Obwohl die Leipziger und Frankfurter Bibliotheken bereits seit Mitte der 1960er-Jahre informelle Kontakte unterhielten, konnten beide Einrichtungen nun offizielle Beziehungen aufnehmen, was in der internationalen Bibliotheksszene nicht unbeachtet blieb.

Im Dienste der
Anerkennungspolitik

Die Deutsche Bücherei und ihre Benutzungspolitik im Kalten Krieg

Die innen- und außenpolitische Sonderstellung der Deutschen Bücherei spiegelt sich schließlich im Benutzungsalltag und in der Sekretierungspraxis wider, denn zu ihrem Benutzerkreis zählten nicht nur Wissenschaftler und Behörden der DDR, sondern in zunehmendem Maße auch westeuropäische und westdeutsche Forscher. Die unterschiedlichen Informationsbedürfnisse, welche diese Benutzergruppen an die Bibliothek herantrugen, und die damit verbundenen politischen Erwägungen ließen somit keine einheitliche Linie zu. Vielmehr mussten Abstufungen vorgenommen und Aushandlungsprozesse arrangiert werden. Vor allem zeigte sich die Deutsche Bücherei in ihrer Benutzungspolitik wie

Abgestufte
Sekretierungspraxis

in keinem anderen Bereich als wissenschaftliche Bibliothek. Kampagnen zur Öffnung der Bibliothek für andere Benutzergruppen, insbesondere für Jugendliche, wurden unter den Bedingungen des Zustroms von Wissenschaftlern und Studenten schon nach kurzer Zeit wieder bedeutungslos.

Die für alle Bibliotheken obligatorische Literaturpropaganda, insbesondere die Umgestaltung der Handbibliotheken, die Umarbeitung der Benutzerkataloge nach marxistisch-leninistischen Kriterien, die Organisation der gesellschaftswissenschaftlichen Beratungsstellen und der Aufbau eines Auswahlsachkataloges wurden allenfalls in den 1950er-Jahren in Angriff genommen, oftmals aber oberflächlich umgesetzt oder schon im Zuge der internen Diskussionen stark modifiziert. Außerdem konnten diese Maßnahmen kaum ihre intendierte Wirkung entfalten.

Auch bei der Sekretierung von politisch unerwünschter Literatur zeigte man sich vergleichsweise liberal. In den 1950er-Jahren oblag die Entscheidung über die Nutzung sekretierter Literatur für wissenschaftliche Zwecke dem Staatssekretär persönlich. Dies erwies sich freilich als impraktikabel, so dass seit 1958 der Leiter des Sperrmagazins selbst darüber befand, sofern die Bestätigung einer beauftragenden Stelle beziehungsweise eines Professors vorlag. Oftmals war auch das Forschungsthema ausschlaggebend. Kriterien für die Sekretierung existierten bis auf die von der Deutschen Bücherei zwischen 1946 und 1952 erstellte »Liste der auszusondernden Literatur« nicht. Aber auch diese bildete immer nur eine Orientierung. Letztlich entschied der Leiter des Sperrmagazins selbst. Aus diesem Grunde achtete man bei der Kaderauswahl besonders auf die politische Eignung des Kandidaten. Außerdem waren nahezu alle Leiter des Sperrmagazins der Deutschen Bücherei zugleich als inoffizielle Zuträger für das MfS tätig.

Dennoch waren die Nutzungsbedingungen für sekretierte Literatur liberaler als in manch anderer Bibliothek mit Sperrmagazin. Dies hing nicht zuletzt mit den gesamtdeutschen Aufgaben zusammen. Westeuropäischen beziehungsweise westdeutschen Benutzern sollte ein positives Bild von der DDR vermittelt werden. Dies galt insbesondere für die Zeit nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Auch zahlreichen Verlegern der Bundesre-

Oberflächliche
Umsetzung der
gesellschaftspolitischen
Vorgaben

Ein »Loch in
der Mauer«

publik musste man immer wieder versprechen, dass ihre kostenlosen Belegexemplare der Forschung uneingeschränkt nutzbar gemacht würden. Die Deutsche Bücherei fungierte damit durchaus als »Loch in der Mauer« – allerdings eher aus Alternativlosigkeit und weil Nutzer aus der DDR von der kulturellen Funktion der Deutschen Bücherei im gesamtdeutschen Kontext profitierten.

Die Phase der politischen Transformation 1989 bis 1991, die selbst eine eigene Monografie füllen könnte, soll schließlich in einem Ausblickkapitel

behandelt werden. Vorgesehen ist eine Untersuchung kultureller Konflikte bei der Zusammenführung von Deutscher Bibliothek und Deutscher Bücherei sowie der öffentlichen Zensurskandale, in die die Leipziger Bibliothek verwickelt wurde.

Dr. Christian Rau, Institut für Zeitgeschichte
München–Berlin, Abt. Berlin
E-Mail: rau@ifz-muenchen.de

Anmerkungen

- 1 Der Begriff Nationalbibliothek wird hier und im Folgenden, sofern er nicht lediglich die Institution bezeichnet, als Ausdruck des Selbstbildes beziehungsweise diskursiv verhandeltes Konzept verstanden. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat sich in Deutschland ein polyzentrisches System von Zentralbibliotheken herausgebildet. Aus diesem Grunde hingen die mit dem Begriff verbundenen Diskurse im deutschen Falle immer sehr vom jeweiligen politischen Kontext ab. Vgl. Matthias Middell, *La bibliothèque nationale. L'expérience allemande*, in: Christophe Charle (Hrsg.), *Capitales culturelles – capitales symboliques. Paris et les expériences européennes XVIIIe-XXe siècles*, Paris 2002, S. 249–262.